

Postulat Dieter Beyeler/Lydia Riesen (SD): Kein Leistungsabbau bei Berns Polizei!

Wie in einer heutigen Medienmitteilung publik wurde, erfolgte seit 25 Jahren (!) keine Personalaufstockung bei der Polizei. Dies, trotz ständig steigender Arbeitsbelastung, verbunden mit stetig steigendem Arbeitsstress samt den dadurch resultierenden negativen Folgen.

Insbesondere fallen auch die drastisch zunehmenden Straftaten und Drogendelikte arbeitsintensiv ins Gewicht, so dass sich die geleisteten Überstunden des Polizeipersonals längst im kritischen Bereich bewegen. Eine Besserung ist nicht in Sicht, an einen Abbau der zusätzlich geleisteten Arbeitsstunden nicht zu denken.

Trotz diversen parlamentarischen Vorstössen hauptsächlich von bürgerlichen Politikern betreffend den skandalösen und unzumutbaren Arbeitsbedingungen bei der Polizei, erfolgte vom Gemeinderat keine Reaktion, ausser Vertröstungen und Versprechungen wurde nichts konkretes in die Wege geleitet.

Wichtigster Fakt ist und bleibt: Die Sicherheit der Bevölkerung und die Ordnung in der Stadt Bern müssen gewährleistet bleiben.

Aus diesen Gründen wird der Gemeinderat aufgefordert, raschmöglichst Lösungen aufzuzeigen, insbesondere betreffend:

1. Die Möglichkeiten einer Personalaufstockung
2. Abbau der geleisteten Überstunden
3. Die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung gegenüber Bürgerinnen und Bürger
4. Schwerpunktsetzung der polizeilichen Tätigkeiten.

Bern, 15. Juni 2006

Postulat Dieter Beyeler/Lydia Riesen (SD), Peter Bernasconi, Stefan Bärtschi, Ernst Stauffer, Thomas Weil, Peter Bühler, Ueli Jaisli, Simon Glauser, Erich J. Hess, Beat Schori

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat weist einleitend darauf hin, dass er sich zu dieser Problematik bereits eingehend in seiner Antwort vom 18. Oktober 2006 zu den Postulaten „Fraktion FDP (Philippe Müller): Angemessene Arbeitsbedingungen bei der Polizei – für die Sicherheit der Bevölkerung“ und „SP/JUSO, GFL/EVP (Barbara Mühlheim, SP / Peter Künzler, GFL): Bessere Arbeitsbedingungen bei der Stadtpolizei Bern!“ geäussert hat.

Seit dem 1. Januar 2005 hat das Korps der Stadtpolizei seit vielen Jahren wieder den Sollbestand an Polizistinnen und Polizisten erreicht (der Bestand entspricht demjenigen aus dem Jahr 2000). Trotz dieser erfreulichen Aussicht konnte die Arbeitsbelastung der einzelnen Korpsangehörigen nicht gesenkt werden. Die Belastung ist weiterhin hoch, da die Aufgaben in allen Kernbereichen mindestens im gleichen Mass gestiegen sind. Obwohl die Anzahl Veranstaltungen und Kundgebungen in den letzten Jahren etwas gesunken ist, mussten mehr Polizistinnen und Polizisten mit längeren Einsatzzeiten eingesetzt werden. Dabei ist augenfällig, dass durch die Eröffnung des neuen Stade de Suisse Wankdorf mit internationalen Fussball-

spielen und Grossanlässen die Belastung noch einmal sprunghaft angestiegen ist. Um diese Belastungsspitzen abzudecken, muss vermehrt Überzeit angeordnet sowie die Kantonspolizei bzw. die Polizeikorps aus dem Polizeikonkordat der Nordwestschweiz beigezogen werden. Parallel dazu sind auch die Anforderungen im Bereich Verkehr und bei der Gerichtspolizei weiter gestiegen (beispielsweise durch die auf 1. April 2004 in Kraft gesetzte Änderung des Strafgesetzbuchs, wonach die Delikte im Bereich der Häuslichen Gewalt neu von Amtes wegen zu verfolgen sind).

Mit GRB 0321 vom 8. März 2006 beschloss der Gemeinderat, die angehäuften Ferien- und Überstundenguthaben der städtischen Mitarbeitenden bis Ende 2007 auf den Bereich des reglementarisch Erlaubten zu reduzieren. Bereits vor dem Gemeinderatsbeschluss hat die Stadtpolizei per 1. Juli 2005 beschlossen, Überzeitguthaben nach Möglichkeit durch Freizeit auszugleichen (Ausnahme Vergütungen von Einsätzen für Dritte) sowie verbindliche Abbaupläne mit Mitarbeitenden mit hohen Überzeitguthaben zu vereinbaren. Trotz grosser Kompensationsanstrengungen (Abbau von über 50 000 Stunden) mussten Ende 2005 41 852 Überstunden auf das laufende Jahr übertragen werden. Per Ende Juni 2006 betrug das Überzeitguthaben noch immer 38 766 Stunden, mit Zeitzuschlägen sogar 51 108 Stunden. Da zusätzlich auch noch rückständige Ferien- und Freitage abgebaut werden müssen, ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Überstunden in der 2. Jahreshälfte 2006 nicht mehr markant gesenkt werden kann.

Es ist dem Gemeinderat allerdings bewusst, dass ein Abbau bei der stark belasteten Stadtpolizei schwierig ist, wenn nicht wichtige Aufgaben im Dienste der Bevölkerung vernachlässigt werden sollen. Weil der Abbau der verbleibenden Überstunden realistischweise nicht bis zum geplanten Start von Police Bern am 1. Januar 2008 erfolgen kann, sucht die Stadt mit dem Kanton zusammen eine einvernehmliche Lösung. Analog zu anderen Betriebsübernahmen muss der Kanton sämtliche Aktiven und Passiven per 31. Dezember 2007 übernehmen. Dazu gehören auch die Überzeitkonti bis zu einer bestimmten Höhe. Restguthaben über dieser Höhe werden entweder im Jahr 2007 abgebaut oder gemäss Artikel 42 der Personalverordnung (PVO) ausbezahlt.

Die Polizei ist bei der Erfüllung ihrer Aufgaben weitgehend fremdbestimmt. Durch das Polizeigesetz sowie das Gesetz über das Strafverfahren ist sie verpflichtet, Gefahren und Störungen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu verhindern bzw. die Störungen zu beseitigen und die Strafverfolgung von Amtes wegen einzuleiten, wenn sie Kenntnis von einer Straftat erhält oder verdächtige Wahrnehmungen macht. Dadurch kann die Polizei nur in einem verhältnismässig kleinen Gebiet selber die Schwerpunkte der Tätigkeit festlegen. Dies betrifft beispielsweise den Bereich der Prävention. Die angespannte Finanzlage der Stadt hat den Gemeinderat bewogen, im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2007-2010 vorzusehen, die Synergieeffekte des Projekts Police Bern zugunsten der Stadtkasse anstelle von neuen Frontstellen bei der Polizei zu realisieren.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 13. Dezember 2006

Der Gemeinderat